

zung der Regierungen, sondern „unabhängiger Sachverständiger“, deren sich die moderne Politik ja überhaupt gern bedient, wenn es sich darum handelt, die Verantwortung zu verweisen. Die am Montag beginnende Zolltagung hingegen wird eine Konferenz der Staaten sein, von denen viele und gerade die wichtigsten sogar ihre zukünftigen Minister schicken. Man hat vielfach geglaubt, der Konferenz auf Grund dieser Tatsachen auch eine größere praktische Erfolgsaussicht versprechen zu können. Mit Recht, sofern sie überhaupt zu einem positiven Ergebnis kommt; denn dann allerdings wäre die Wahrscheinlichkeit der Durchführung dieses Ergebnisses wohl etwas größer als im Frühjahr 1927. Freilich ist eben nur, ob ein brauchbares Resultat herauskommt.

Die Aussichten hierfür aber sind zunächst nicht eben günstig. Zwar haben die Regierungen ihre Teilnahme erklärt, aber damit doch noch nicht einmal auch nur ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Ziel der Konferenz. Insbesondere bei vielen kleineren, und unter diesen wieder am meisten bei den jungen Staaten, ist starke Zurückhaltung gegenüber der Zollfriedensidee zu erwarten. Nach vielem, was bisher vor allem, aber nicht nur aus dem südländlichen und nördlichen Osten Europas verlautete, besteht dort auch bei den Regierungen wenig Neigung, sich in der Anwendung der Zollwaffe Schranken aufzuerlegen.

Wenig guttunend kommt dieser Konferenz auch — aber anders war es wohl nicht möglich — die fast halbjährige Zwischenzeit von der ersten öffentlichen Anregung der Konferenz bis zu ihrem Arbeitsbeginn. In dieser Zeit sind die Zollinteressen aller Herren Länder, wie vorauszuweisen, sehr reger gewesen. Mit den manchmal absonderlichsten Gründen liessen und laufen sie gegen die Idee der Konferenz Sturm; man denke, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, an die Kundgebung der britischen Handelskammern Anfang Januar oder an die Auslassungen französischer Verbände. Eine andere nicht weniger intensiv besetzte Tatfrage ist, schnell noch vor dem Tariffrieden die Befriedigung der eigenen Zollwünsche durchzusetzen. So ungefähr die Hälfte aller europäischen Staaten hat im letzten Halbjahr die verschiedensten Erhöhungen vorgenommen, und alle haben noch ernsthaft Pläne zu weiteren Steigerungen. Ausgerechnet die Zollfriedenskonferenz hat also allein schon durch die Erzielung ihrer Idee eine neue Zollwelle ausgelöst. Die Interessenten wollten die vielleicht letzte Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, die Regierungen ihre tatsächliche Position bei dem einem etwaigen Zollfrieden folgenden Abbauausgleichungen verbessern.

Bringt die Konferenz keinen Frieden, verläuft sie negativ, dann bleibt als Ergebnis das Gegenteil von dem, was sie sollte, bleiben noch weiter erhöhte Zollmauern übrig. Die Frage zumindest, so möglich sie im Augenblick sein mag, muß daher doch auch hier gestellt werden, ob es nicht besser gewesen wäre, andere Wege zu dem erstrebten Ziel einzuschlagen, als den etwas voreilig betretenen dieser Konferenz. Die action directe durch stärkere Abstellung der verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen auf Zollabbau statt, wie bisher, auf Zollbehaltigung und die Modernisierung des internationalen Handelsvertragsrechtes wäre vielleicht der bessere Weg gewesen... Aber darüber wird wohl nach der Konferenz noch einmal zu reden sein.

Für Deutschland ist die Entscheidung über einen Zollfriedenspakt nicht leicht. Sicher ist sein großes Interesse an der Vereinfachung und Milderung der internationalen Handelsbarrieren, zumal es durch die Reparationslast viel härter als jeder andere Staat auf ähnlicher Wirtschaftslage auf den Abfall im Auslande angewiesen ist. Aber es kann sich in der Handhabung seiner Zölle nur binden, wenn hinreichende Garantien ersehen, daß unter dem Schutz des Zollfriedens ernsthaft an einen internationalen Abbau der Zölle herangegangen wird, und zwar in einem Verhältnis, das dem Verhältnis zwischen seinem eigenen, in wichtigen Abschnitten relativ niedrigeren Zollniveau und dem wesentlich höheren Zollniveau vieler seiner wichtigsten Absatzgebiete angemessen ist.

Die Konferenz kann zu einem entscheidenden Schritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Besserung Europas und der Welt werden, wenn ihr ein Ergebnis gelingt, das zwar die gerechtfertigten Interessen berücksichtigt, ohne doch in seinem Wesen vermaßt zu sein — und wenn dem Zollfrieden der Zollabbau folgt, denn ohne diesen nützt schließlich auch der Friede nichts.

Der neue Nuntius

Cesare Orsenigo wurde in Villa San Carlo, Pfarre Noghinate, im Erzbistum Mailand am 13. Dezember 1873 geboren. Er oblag seinen Gymnasialstudien im Instituto Villorci des heiligen Joseph in Monza und absolvierte danach seine theologischen Studien bis zur Erlangung des Doktorgrades im Seminar in Mailand. Am 5. Juli 1896 empfing er die heilige Priesterweihe. Nachdem er ein Jahr als Coadjutor in der Seelsorge in Darago tätig war, wurde er im November 1897 als Seelsorger in die Pfarrei des heiligen Fidelis in Mailand berufen, an deren Spitze er bis 1912, in welchem Jahre er als Canonico in das Mailänder Domkapitel aufgenommen wurde, fortlaufend tätig war. Auch nach seiner Ernennung zum Domherrn widmete er die meiste Zeit seiner alten Pfarrei. Seine Tätigkeit in der Seelsorge der lombardischen Metropole steht dort in bestem Andenken, weil Prälat Orsenigo vor allem auch durch freie Vorträge und religiöse Konferenzen bei Jugend, die Studenten, die Angestellten und die Arbeiterklasse je nach ihren geistigen und religiösen Bedürfnissen musterhaft betreute. Daneben fand er Gelegenheit zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die ihn in den Jahren 1908—1910 an die Seite des Prälaten Ratti, des jetzigen Papstes, führten, mit dem er die Zeitschrift „San Carlo Borromeo“ herausgab. Darin schrieb Orsenigo eine Biographie des heiligen Karl, die auch als Separatdruck erschien und einen hervorragenden Platz in der hagiographischen Italiens einnimmt. Späterhin veröffentlichte er wertvolle Studien über die Geschichte der großen Religionen, ferner Monographien über Lacordaire, Lamennais, Julian Apollonata, ferner eine Lebensbeschreibung von Friedrich Gnanon, das von der wissenschaftlichen Kritik äußerst günstig beurteilt wurde und 1923 in reich vermehrter zweiter Auflage neu erschien.

Prälat Orsenigo entwickelte auch auf dem Gebiete der Caritas eine ebenso rege wie modern orientierte Tätigkeit. Besonders auch in der Waisensorge. Er wurde Leiter des Frauenerzins des heiligen Vinzenz von Paul und Gründer der „Schülerinnen der Caritas“ in Mailand.

Die polnischen Enteignungen

Reißt das Entgegenkommen?

P. T. Warschau, 16. Februar.

Im letzten polnischen Gesetzesblatt wird die diesjährige Rente der durch die Agrarreform betroffenen Güter veröffentlicht. Auch dieses Mal wieder wurde, wie in den vorhergehenden vier Jahreslisten, der deutsche Besitz in Polen und Pomerellen besonders hart zur Parzellierung herangezogen. So entfallen in Pomerellen von insgesamt 6012 Hektar zur Parzellierung vorgezeichneten Bodens 5420 Hektar, also rd. 90 Prozent auf deutschen Besitz, in Polen von 9900 Hektar 3800, also 38 Prozent auf deutschen Besitz. Damit sind nun im Laufe von fünf Jahren bei einer Gesamtenteignung von 52 000 Hektar Land durch das polnische Agrarreformgesetz, in Polen und Pomerellen allein 42 000 Hektar deutschen Besitzes enteignet worden, obwohl diese Gebiete an und für sich 70 Prozent polnischen und nur 30 Prozent deutschen agrarreformierbaren Besitz haben.

Man sieht also, daß die polnischen Behörden auch weiterhin offen das Ziel verfolgen, den Lebensraum der deutschen Minderheit in den Westgebieten zu vernichten. Daß ihnen dabei durch die Agrarreform die gleiche Möglichkeit gegeben ist wie früher durch die Liquidationen, beweist die neue Agrarreformliste. Es muß mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß die Minderheitenschutzverträge eine paritätische Behandlung der polnischen und deutschen Staatsbürger fordern. Wie geradezu unerschämmt man sich aber polnischerseits über diese feinerzeit funktionierten Bestimmungen hinwegsetzt, beweisen ja die oben angeführten Zahlen, die deutlich erkennen lassen, daß die Parzellierung polnischen Besitzes in feinerlei Verhältnis zur Parzellierung deutschen Grundbesitzes steht. Das polnische Agrarreformgesetz steht einem zehnjährigen Parzellierungsturnus vor. Bis hier sind fünf Jahreslisten erschienen.

Wenn in dem gleichen Maße wie bisher gegen den deutschen Besitz vorgegangen werden wird, so würde das bedeuten, daß nach Ablauf der 10 Jahre der deutsche Grundbesitz in den Westgebieten tatsächlich so gut wie vernichtet wäre. Es braucht wohl nicht weiter darauf hingewiesen zu werden, daß mit einer Vernichtung des deutschen Grundbesitzes auch der deutschen Minderheit als solcher der Lebensraum in diesen Gebieten entzogen würde.

Warschau, 16. Februar.

Im Haushaltsausschuß des polnischen Senats gab der deutsche Senator Hasbach am Sonntagabend zum Haushalt des Agrarreformministeriums eine Erklärung ab, die etwa folgenden Wortlaut hatte:

Die vorgescherten neu erschienenen Listen, in der die im Jahre 1930 zwangsweise zur Parzellierung kommenden Güter in Polen und Pomerellen aufgeführt sind, ist für die deutsche Minderheit in diesem Gebiet ein neuer Schlag ins Gesicht und bedeutet für alle diejenigen eine schwere Enttäuschung, die auf die neue Regierung des Herrn Bartel ihre Hoffnungen gesetzt hatten. In beiden Provinzen zusammengerechnet werden dem deutschen Besitz bei der Landausbringung 72,6 v. H. überlegt, während der polnische Besitz nur mit 27,4 v. H. herangezogen wird. Noch schlimmer gestaltet sich das Bild für Pomerellen allein. Dort werden die deutschen Grundbesitzer mit 5455 Hektar zur Agrarreform herangezogen, die Besitzer polnischer Nationalität jedoch nur mit 657 Hektar, ein Verhältnis von 8,7 zu 10,7, fast das gleiche Bild wie im vorigen Jahre. Einzelne wirtschaftlich wertvolle Objekte werden so hart herangezogen, daß ihre Betriebe dem Klein preisgegeben sind. Minister kommen und gehen, das System aber bleibt das gleiche trotz aller Garantien, die durch die Verfassung, den Minderheitenschutzvertrag und sonstige Verträge dafür gegeben waren, daß alle Bürger des Staates die gleichen Pflichten, aber auch die gleichen Rechte haben sollten.

Indiens Freiheitsbewegung

Ein Ultimatum Gandhis?

London, 17. Februar.

Wie aus Ahmedabad berichtet wird, sind die Mitglieder des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses, der Gandhi am Freitag diktatorische Vollmachten verliehen hat, auf seinen Wunsch in seinem Hauptquartier verblieben. Gandhi beobachtet während der nächsten Tage, endgültige Weisungen für die zu unternehmende Aktion zu erteilen. Es heißt, heute werde er ein Ultimatum an den Vizekönig entwerfen. Der erste Schritt dürfte sich gegen das Salzmonopol der Regierung richten. Agitatoren sind bereits in die Gebiete abgegangen, wo sich Salzbergwerke und Salzfabriken der Regierung befinden.

Ahmedabad, 18. Februar.

In der bereits gemeldeten Entscheidung des Reaktionsausschusses des panindischen Kongresses, die Gandhi ermächtigt, die Aktion der „hohen Gehorsamsverweigerung“ zu dem ihm günstig erscheinenden Zeitpunkt zu beginnen, wird u. a. der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Mitglieder des Kongresses die Verantwortung des passiven Widerstandes nach Möglichkeit unterhalten und unter allen Umständen und ungeachtet aller Protestationen dem Grundgedanken der Nichtanwendung von Gewalt treu bleiben werden. Sollte eine Massenbewegung einbrechen, so sei zu hoffen, daß Anwälte, Studenten und andere jede Zusammenarbeit mit der Regierung aufgeben und sich an diesem entscheidenden Kampf um die Freiheit beteiligen werden. Wenn die Führer eingekerkert werden sollten, so würden sich, wie der Ausschuss zuversichtlich hofft, andere finden, die den Kampf fortführen.

Drei Jahre Gefängnis für Pleischkaftis

Insterburg, 15. Februar.

Heute abend um 8 Uhr verurteilte Landgerichtsdirektor Langenheid im Pleischkaftis-Prozess das Urteil. Es werden verurteilt: Pleischkaftis wegen Verstoßens gegen § 8 des Sprengstoffgesetzes, wegen Verstoßens gegen das Kriegsgeräteeigentum, das Schußwaffengesetz und wegen verbotenen Grenzübertritts zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren; die Angeklagten Dauschka, Jolenta, Samatits, Filipowitsch und Krauszynski zu je zwei Jahren Gefängnis. Ferner wird auf Zulässigkeit der Polizeiarresturteilung erkannt. Die Einziehung der beschlagnahmten Waffen und Munition wird ausgesprochen. Die Untersuchungsakten sind allen Angeklagten in voller Höhe angerechnet, die Kosten sollen den Angeklagten zur Last kommen.

Protest der deutschen Universität in Prag

Prag, 15. Februar.

Am Sonntagabend veranstaltete der Akademische Senat der deutschen Universität in Prag unter Vorsitz des derzeitigen Rektors Dr. Kaegele eine allgemeine Versammlung der Professoren und Privatdozenten anlässlich des 10. Jahrestages der Entdeckung der deutschen Universität. In der einstimmig angenommenen Entschließung stellt der Senat fest, daß es nicht zulässig sei, die Gelehrung sein kann, in endgültiger Weise über historische Fragen zu urteilen, und vertritt heute wie vor zehn Jahren den Standpunkt, daß beide Prager Universitäten, die deutsche und die tschechische, die Vorleherinnen der alten Karls-Universität sind.

Wie die Nationalsozialisten regieren

Weimar, 15. Februar.

Am hiesigen Wilhelm-Ernst-Gymnasium bestand bis vor kurzem eine Jugendgruppe des über ganz Deutschland verbreiteten Jugendbundes „Adler und Falke“. Nachdem dieser Jugendbund in kein Programm die Beschäftigung mit Politik im nationalen Sinn aufgenommen hatte, verbot der Leiter der Schule, Oberstudiendirektor Dr. Siefert, die Jugendgruppe. Als der nationalsozialistische Volksbildungsminister Dr. Fickenscherer kam, war eine seiner ersten Amtshandlungen die Aufhebung dieses Verbots. Dagegen vermahnte sich der Schulleiter unter Berufung auf das Thüringer Schulverwaltungsrecht. Auch eine gegen ihn erkannte Disziplinarstrafe ließ ihn von seiner grundsätzlichen Stellungnahme nicht abgehen, so daß er nunmehr vom Volksbildungsminister seiner Amtsgeschäfte entlassen worden ist. Dr. Siefert steht der Deutschen Volkspartei nahe.

Moskau zum erwarteten Protestschritt

Moskau, 15. Februar.

Wie aus Moskau zu den Nachrichten über einen bevorstehenden Schritt dreier Großmächte wegen des Kampfes gegen die Kirche in Sowjetrußland mitgeteilt wird, würde ein bestimmter Protest von russischer amtlicher Seite ernstlich zurückgewiesen werden, da die Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und den Kirchengemeinden durch ein vom Volkskomitee der Sowjetunion erlassenes Gesetz geregelt seien, nach dem eine Einmischung des Auslandes in sowjetrußliche Angelegenheiten nicht gestattet sei (§ 7).

* Der Feldzug gegen das Verbrechen in Chicago (USA) führte am Sonntag zu 1100 neuen Verhaftungen, so daß die Gesamtzahl in der vergangenen Woche 4100 betrug. Die Zahl der Verhaftungen ist hierdurch von 69 auf den Tag in der darauffolgenden Woche auf 17 täglich gegen Ende der vergangenen Woche.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsbedingungen: Teils wollos, teils auflockernden Wetter. Deutlich Kälteeinbruch, nachts Frost etwas verhärtet. Tag im Gewoge anhaltend Frost, in den Niederungen Temperaturen nahe null Grad und deßhalb auch darüber. Schwache bis mäßige Winde, zunächst noch aus Nordost bis Nordwest, später veränderliche Richtung.

* Schneestürme und Räte haben in den Vereinigten Staaten, vor allem in New York und Boston, zahlreiche Todesopfer geerntet.